

## Ratspräsidentschaft unter Erfolgs- und Handlungszwang

Unsere Beiträge vom [Januar](#) und Ende [Mai](#) hatten zumindest fünf Fakten aufgezeigt:

- 1) Die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit hat – so lange wie irgend möglich – ihre EU-Ratspräsidentschaft als unwichtig bzw. als wenig wichtig behandelt.
- 2) NGO und soziale Bewegungen aber haben dagegen oft schon lange vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft konkrete Forderungen und Vorschläge vorgelegt – und dieser Präsidentschaft eine besondere Bedeutung für die eigene Arbeit zugeschrieben.
- 3) Analoges gilt zumindest für einige einflussreiche Strategen in Bereich des Militärischen und der „Sicherheitspolitik“.
- 4) Die jeweilige politische Reaktion auf die „Corona-Krise“ hängt entscheidend davon ab, wie sie definiert wird. (Wir hatten sie als eine Seuche, d.h. als eine ökosoziale demographische Reproduktionskrise begriffen.)
- 5) Während die Bundesregierung noch ihre Ratspräsidentschaft gleichsam auf sich zukommen ließ, hat die Kanzlerin agiert. Schließlich hat sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Macron sowohl der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat eine weitreichende Initiative vorgelegt und als auch Schwerpunkte für die Ratspräsidentschaft gesetzt. Damit sind die internationalen Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gewachsen.

Unser dritter Beitrag will nun einerseits weiterhin über die Aktivitäten sehr unterschiedlicher Akteure informieren und die einschlägigen Zusammenhänge genauer kennzeichnen, sowie die vorliegenden Probleme näher erklären. Darüber hinaus wirbt er dafür, sich für Initiativen von emanzipativ-solidarischen Kräften zu interessieren und diese gezielt zu unterstützen. Seine drei zentralen Gedanken sind:

1. In der gegenwärtigen Gemengelage von Problemen ist der Handlungs- und Erfolgsdruck für die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedsländer gewachsen, vor allem gemeinsam die Seuche einzudämmen und den gesellschaftlichen Alltag zu stabilisieren. Dafür müssen auf der Europäischen Ebene neue Instrumente eingesetzt werden. Dieses Erfordernis wird allerdings nicht mit einer Solidarisierung beantwortet.
2. Der konkrete Erfolgsdruck resultiert wesentlich aus den unterschiedlichen Funktionen und Positionen der EU-Mitgliedsstaaten in der europäischen bzw. globalen Standortkonkurrenz, wodurch per se „Identitätsdebatten“, die Abgrenzung von Anderen und dementsprechend eine vom Eigennutz geprägte Instrumentalisierung von Solidarität befördert werden.
3. Die Linken können und sollten sich als EU-Bürger\*innen und Europäer\*innen profilieren, die auf demokratische Weise eine solidarische Gesundheitspolitik als emanzipatorische Gesellschaftspolitik betreiben – und in Verbindung damit auf die Zusammenhänge von Gesundheit, Klima und Biodiversität und Frieden fokussieren – theoretisch, bildungspolitisch, konzeptionell und vor allem politisch-praktisch.

### Kanzlerin und Bundesregierung aus Eigeninteresse zum Agieren genötigt

Mit ihrer gemeinsamen Initiative mit Emmanuel Macron hat die Kanzlerin endlich eine spät einsetzende erhöhte Aktivität der Bundesregierung in Sachen Ratspräsidentschaft ausgelöst

– und in kurzer Zeit folgten dann auch entsprechende Programme, Vorschläge, Stellungnahmen und Positionen. Das scheinbar Überraschende geht aus einem objektiven Problem hervor: Will man weiterhin europäischer Gewinner und sogar Gestalter der Globalisierung sein, also zum einen den eigenen Anteil an der globalen Bruttoproduktion und an dem internationalen Handel zumindest halten und zum anderen die dafür erforderliche Ressourcenversorgung, Planbarkeit und Kontrolle auch in seiner alltäglichen Politik sichern, muss man die EU als einen Standort in der globalen Konkurrenz und als Akteur einer „Sicherheitsarchitektur“ entwickeln. Man muss die EU also zunächst als solche erhalten – und in diesem Sinne gesellschaftliche Prozesse in den EU-Mitgliedstaaten gezielt beeinflussen bzw. bestimmen. Genau darum geht es Merkel und Macron, der deutschen und französischen Regierung sowie den in beiden Ländern und in der EU heute Herrschenden. Sie müssen aber auch konstatieren, dass man bisher zwar selbst im Rahmen der Europäischen Union vielleicht mit jeder Krise seine insbesondere national verankerte Macht weiter stärken konnte, aber dass zugleich die sozialen und politischen Gegensätze in der EU und die gesellschaftlichen Gräben in den Mitgliedstaaten so weit gewachsen sind, dass sie zumindest teilweise zu einem eigenen Problem wurden und dass der EU feindlich gesonnene Kräfte ebenfalls angewachsen sind. In [Merkels Worten](#): „Wir dürfen nicht naiv sein: Die antidemokratischen Kräfte, die radikalen, autoritären Bewegungen, warten ja nur auf ökonomische Krisen, um sie dann politisch zu missbrauchen.“ Die von ihr (und Macron) bisher verfolgte Politik hat aber den gesellschaftlichen Alltag von EU-Bürger\*innen derart destabilisiert, dass selbst die Erfolgsbedingung für Globalisierungsgewinne destabilisiert worden sind – nämlich die EU als ein globaler Standort. Dieser ist dann zusätzlich auch noch von einer Pandemie erfasst worden. O-Ton Merkel: „Die Pandemie hat uns auch Europas Abhängigkeit von Drittstaaten bei der Produktion von Medikamenten oder Schutzausrüstung deutlich gemacht. Defizite bei der Beschaffung, Bevorratung und Verteilung medizinischer Ausrüstung wurden offengelegt. Und ja, auch Unterschiede der Wirtschafts- und Haushaltsslage in den EU-Mitgliedsländern wurden durch die Pandemie verschärft.“ (ebd.) So will man zwar durchaus selbst zugespitzte soziale Gegensätze als solche managen, also im eigenen Interesse eindämmen, aber man will sie nicht bekämpfen. In diesem Sinne will man auch Armut und soziale Ausgrenzung nur möglichst nachhaltig verwalten, daher so wenig wie erforderlich eingrenzen, sie aber nicht konsequent bekämpfen. Man will weiterhin sozialökonomische Diskrepanzen im regionalen und territorialen Maßstab als solche managen, also die von ihnen Betroffenen befrieden bzw. ihnen einen gewissen „normalen“ Alltag ermöglichen, aber man will diese Diskrepanzen nicht konsequent bekämpfen. Man will zwar eine derartige Stabilität der ökologischen Bedingungen, dass man europäischer Gewinner und Gestalter der Globalisierung sein und es auch langfristig bleiben kann, aber gerade weil man dies will, kann und will man andererseits auch nicht die ökologische Zerstörung konsequent bekämpfen. Das Prinzip gilt auch für die anderen globalen Probleme insbesondere für Krieg und bewaffnete Konflikte, Gewalt gegen Menschen und gegen die Natur, Seuchen, Flucht und erzwungene Migration: man will durch sie eben nur so wenig wie möglich in seinem Streben nach Verteidigung und Gewinn eigener Vorteile in der „Globalisierung“ beeinträchtigt werden, aber sie nicht wirklich bekämpfen. Die Covid-19-Pandemie hat diese Widersprüche nicht nur drastisch vergegenwärtigt, sondern den lange bestehenden und wachsenden, aber weitgehend ignorierten Handlungsdruck für die Bundesregierung und die EU-Institutionen entscheidend verstärkt. Hinzu kamen zwei noch zwei Faktoren, welche der Bundesregierung die Vorbereitung auf die Ratspräsidentschaft erschwert haben: zum einen hatte sie sich nach der vergeudeteten Chance, sich auf die Pandemie vorzubereiten, dann beim Einzug der Seuche in Westeuropa

durchaus nationalistisch-egoistisch verhalten. Dazu Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zur Übernahme der Ratspräsidentschaft: „Die Pandemie hat offengelegt, wie fragil das europäische Projekt noch ist. Die ersten Reflexe, auch unsere eigenen, waren eher national und nicht durchgehend europäisch. Das war, so gut manche Gründe dafür auch gewesen sein mögen, vor allem unvernünftig“ (ebd). Zum anderen ist mit dem Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den EZB-Anleiheaufkäufen der Eindruck verstärkt worden, dass das Land, das dringlich die EU für seine Standortkonkurrenz und globale Bedeutsamkeit braucht, „Germany first“ zur Handlungsmaxime gewählt habe. Diese Problemkonstellation hat sicher bei der Entscheidung der Kanzlerin, gemeinsam mit Emmanuel Macron initiativ zu werden, eine Rolle gespielt. Ihre Regierungserklärung zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft bestärkt diese Annahme. Für Merkel machte sich aber auch ein zusätzlicher Widerspruch deutlich bemerkbar: Einerseits ist mit dem unter deutscher Ratspräsidentschaft 2007 finalisierten Lissabonner Vertrag die Rolle der nationalen Ratspräsidentschaft auf eine eher organisatorische, moderierende bzw. in Verhandlungen vermittelnde Rolle reduziert worden. Andererseits kann das Land der Ratspräsidentschaft dennoch eigene Impulse bei der „Abarbeitung“ der durch die EU-Institutionen gesetzten Aufgaben aussenden. Merkel hat die Erwartungen an derartige Impulse herausgefordert.

Soziale Bewegungen und NGOs belassen es aber in dieser Hinsicht nicht bei mehr oder weniger vagen Erwartungen. Zu ihren bereits vorgestellten Aktivitäten kommen weitere hinzu, so insbesondere:

- a) Das [Europäische Umweltbüro mit seinen 10 Forderungen](#) – einen gerechten Übergang zu einem nachhaltigen und widerstandsfähigen Europa voranzutreiben, das Konjunkturpaket und den Haushalt der EU auf einen grünen Übergang zu nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen auszurichten, den Klimanotstand zu bewältigen, den dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt an Land und im Wasser umzukehren, einen Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelversorgungsketten und zu einer nachhaltigen Landwirtschaft einzuleiten, den Übergang zur Klimaneutralität zu fördern, eine neue industrielle Revolution (Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung und künstliche Intelligenz) anzutreiben, eine ehrgeizige Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit auf den Weg zu bringen, größere demokratische Verantwortlichkeit und Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf Umweltfragen einzuführen bzw. durchzusetzen, sowie europäische Solidarität, soziale Absicherung, soziale und ökologische Gerechtigkeit zu fördern;
- b) Ein von [Corporate Europe Observatory und Lobby Control initiiertes Bündnis](#) von Organisationen, das fünf Forderungen erhebt: 1. Konzerninteressen nicht über das öffentliche Interesse zu stellen und Schluss zu machen mit privilegierten Zugängen großer Konzerne und entsprechenden Klüngelrunden mit mächtigen Lobbyisten und Regierenden; 2. sich für eine Reform der EU-Gesetzgebungsverfahren einzusetzen, insbesondere mit Blick auf mehr Transparenz in der Ratsarbeit und eine verbesserte Information der Bürger\*innen; 3. für vollständige Lobbytransparenz zu sorgen, d.h. die Veröffentlichung aller Treffen zwischen Regierungsmitgliedern und Lobbyist\*innen, eines „legislativen Fußabdrucks“ und eines umfassenden

Lobbyregisters durchzusetzen; 4. auf jegliches Sponsoring der Ratspräsidentschaft durch Unternehmen zu verzichten; 5. Den EU-Bürger\*innen das Recht zu gewährleisten, sowohl über Entscheidungen ihrer Regierung in EU-Angelegenheiten informiert zu werden als auch selbst ihre Meinung dazu abzugeben;

In Partnerschaft mit b) der von [WeMove.eu ausgelöste Appell](#) von in der EU Lebenden an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer, „der beispiellosen Krise durch die COVID-19-Pandemie mit Solidarität, Mut und Innovation zu begegnen: Wir wollen nicht zu einem Wirtschaftsmodell zurückkehren, das die sozialen Ungleichheiten verschärft, unsere Gesundheit gefährdet, die Umwelt ausbeutet und das Klima unseres Planeten dramatisch verändert. Es ist jetzt an der Zeit, unsere Wirtschaftsweise radikal und schnell grüner, gerechter und widerstandsfähiger gegen künftige Krisen zu machen.

Wir fordern das größte nachhaltige Investitionsprogramm, das die Welt je gesehen hat – unterstützt durch alle verfügbaren Finanzinstrumente der EU und mit dem Ziel, einen gerechten und grünen Wiederaufbau zu finanzieren.“

- c) Der offene Brief des [Bündnisses „Citizens Take Over Europe“](#) an Merkel, mit dem die Kanzlerin aufgefordert wird, sich während der deutschen Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, dass eine ständige bürger\*innenorientierte und -gestützte Konferenz über die Zukunft Europas an den Beratungen und Verhandlungen zum *„Next Generation EU“ Recovery Fund* partizipiert. Die beteiligten Organisationen fordern: 1. sich dringend zu einem Zeitplan für die Konferenz zu verpflichten und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, diese Konferenz von unten nach oben mitzugestalten; 2. eine vollständige demokratische Legitimität der Konferenz zu gewährleisten, was zum einen intensive Anstrengungen zur Partizipation von sozial Ausgegrenzten und an der offiziellen Politik Desinteressierten erfordert und zum anderen Einladungen von oben bzw. einen gezielten Auswahlprozess von Beteiligten ausschließt. Ausgeschlossen sein soll darüber hinaus ein Prinzip, wonach man-sich-zur-Konferenzbeteiligung-melden-soll, denn dies würde eine „Mittelklassen-Veranstaltung“ bewirken. 3. verlangt das Bündnis, sich zu verpflichten, alle wichtigen Reformen, die von der Konferenz vorgeschlagen werden, weiterzuverfolgen, einschließlich möglicher Vertragsänderungen.
- „Citizens Take Over Europe“ veranstaltete am 1. Juli eine öffentliche Versammlung, um die Ideen und Forderungen sowie ihre Umsetzung zu diskutieren.

Diese Initiativen sind unbedingt ernst zu nehmen: Sie sind vielfach mit soliden Studien sowie mit qualifizierten Materialien zur politischen Bildung unterlegt.

### **Vom Regierungsprogramm zur Ratspräsidentschaft bis zur Tagung des Europäischen Rates**

Uns geht es hier keinesfalls um Vollständigkeit, sondern

1) um das bereits eingangs thematisierte changierende Taktieren der Bundesregierung und insbesondere der Kanzlerin zwischen den Interessen der im bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten EU-Mitgliedsland Deutschland Herrschenden und den in der Europäischen Union Herrschenden, wie es sich insbesondere im Umgang mit Unionsinstrumenten zeigt;

2) um das zunehmende Mainstreaming des Sicherheitspolitischen sowie Militärischen, die sich wiederum fortschreitend durchdringen und ihrer Links mit dem Zivilen. Diese Art des Mainstreamings erfasst immer mehr Politikbereiche und diese wiederum immer weitergehender (darauf wird ein weiterer Text von uns umfassender eingehen;

3) weisen wir auf Widersprüche zwischen dem Ringen um eine verkürzt verstandene Meisterung von Umweltkrisen und der Unfähigkeit zu nachhaltiger Entwicklung hin. (Auch dazu planen wir einen Text.)

Mitte Juni wurde das gemeinsame Programm der Regierungen jener Länder vorgestellt, die nacheinander die Präsidentschaft ausführen werden: Deutschland, Portugal, Slowenien. Auf der Pressekonferenz kommunizierte man Teamgeist. „Gemeinsam müssen wir die Corona-Krise überwinden. Gleichzeitig werden wir auf ein sozialeres, nachhaltigeres und demokratischeres Europa hinarbeiten. Gerade in diesen Krisenzeiten muss Europa zu seinen Werten stehen und die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten stärken. Darüber hinaus müssen wir auch im Bereich der Migration eine solidarische Antwort finden und den Kampf gegen den Klimawandel fortsetzen“, verkündete der deutsche Staatsminister für Europa [Michael Roth](#). Seine Regierung war erst kurz vor dem 1. Juli bereit, das Programm ihrer Ratspräsidentschaft zu präsentieren. [Kanzlerin Merkel](#) führte aus: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ – So lautet unser Motto für das kommende halbe Jahr ... Um die wirtschaftliche und soziale Erholung aller EU-Mitgliedstaaten voranzutreiben, arbeiten wir während der deutschen Ratspräsidentschaft an einem gemeinsamen Aufbauplan und Finanzrahmen für die nächsten Jahre. Gemeinsam wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Das bedeutet, die Zukunft fest in den Blick zu nehmen. Daher sind auch der Klimaschutz, die digitale Souveränität und Europas Verantwortung in der Welt wichtige Schwerpunkte unserer Ratspräsidentschaft.“ Seitdem war der Druck auf Tempo zur Vereinbarung des Finanzrahmens gewachsen, wobei bis zum jüngsten EU-Gipfel zunehmend die Verbindung zwischen der Vergabe von Finanzmitteln und rechtstaatlichem Verhalten der Empfängerländer betont wurde. Dies war und ist zwar nachvollziehbar, allerdings sind zum einen nicht vor allem die Anti-Demokraten die Leidtragenden ausbleibender Förderung und zum anderen wurde und wird die Debatte zur Rechtsstaatlichkeit mit der egoistisch-neoliberalen Diskussion über die Konditionalitäten für die Ausreichung von Zuschüssen vermengt. Hinzu kommt noch, dass man ja selbst nicht ausschließlich rechtskonform handelt. Merkel und Co. strebten nach Konsens mit den „*Frugal Four*“ – Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden, die „Kredite zu reformerischen Konditionen statt Zuschüsse an von Corona besonders gebeutelte wirtschaftsschwache Mitgliedstaaten“ ausreichen woll(t)en. Zu den vier gesellte sich dann auch noch Finnland hinzu. Dieser Konflikt hat gezeigt, dass die eingangs skizzierten Erwägungen der Kanzlerin und dann der Bundesregierung aus ihrer spezifischen Standort-Sicht keineswegs die kurzsichtigsten sind. Jedoch folgen sie auch keineswegs einer echten Orientierung an Solidarität und nachhaltiger Entwicklung in und seitens der Europäischen Union. Hinzu kommt, dass man noch vor wenigen Monaten die Position der *Frugal Four* bzw. Five prinzipiell teilte. Im Regierungsprogramm für die Ratspräsidentschaft sind „Leitgedanken“ formuliert:

- die dauerhafte Überwindung der COVID-19-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung
- ein stärkeres und innovativeres Europa
- ein gerechtes Europa
- ein nachhaltiges Europa
- ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte

- ein starkes Europa in der Welt.

Mit hoher Priorität werden wir uns für einen raschen Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 einsetzen. Der EU-Haushalt muss sich einerseits an den aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise, andererseits an den langfristigen strategischen Zielen der Europäischen Union in einer sich verändernden Welt ausrichten.“ (ebd., S. 3) Zu dieser Welt gehört Großbritannien, zu dem man besonders enge Beziehungen aufrechterhalten und daher keinen harten Brexit will.

Die eher unbestimmten Begriffe „stärker“, „innovativer“, „gerechter“, „nachhaltiger“, „Sicherheit und gemeinsame Werte“ wie „stark“ sind dem Primat globaler Konkurrenzfähigkeit und globaler Handlungsfähigkeit zwecks eigener Sicherheit untergeordnet. Damit sind sie zugleich vor allem den Interessen der in der EU Mächtigsten subsumiert. Und so folgt auch ganz logisch die weitere Aussage: „Entscheidende Voraussetzung für die Erholung in Europa ist die wirtschaftliche Erholung der europäischen Unternehmen. Wir möchten ihre Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und strategische europäische Wertschöpfungsketten stärken. Das gilt für die industrielle Produktion, aber in besonderem Maße auch für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs). Auch die Verbraucherpolitik ist integraler Bestandteil der Strategie für die wirtschaftliche Erholung.“ (S. 4) Allerdings ist die Erholung der Menschen in der EU und in Europa die entscheidende Voraussetzung für die Erholung der EU und Europas. Diese keineswegs einfach rhetorische Feststellung hat sehr wohl mit dem zugrunde gelegten Verständnis der „Corona-Krise“ zu tun. Dass ferner Wertschöpfungsketten strategisch umgebaut werden müssen, liegt auf der Hand, sollen die Menschen sich nachhaltig erholen und sollen daher diese Ketten ausgerichtet werden an der ausreichenden Versorgung mit sauberem Trinkwasser und gesunder Ernährung, an der Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens in Würde, in solidarischem Miteinander und intakter Natur. Die genannten unbestimmten Begriffe im Regierungsprogramm knüpfen allerdings nicht an diese einfache Überlegung an. Immerhin ist dort zu lesen: „Wir wollen die für die Krisenbewältigung relevanten Grundsätze der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) jetzt konsequent umsetzen. Dazu gehören die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale Grundsicherungssysteme, ein EU-Rahmen für Mindestlöhne und die Stärkung der Rolle der Sozialpartner. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit der EU-Kommission und den EU-Partnern die Arbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit in der EU auch auf der Basis eines handlungsfähigen Europäischen Sozialfonds Plus entschieden bekämpfen.“ (S. 5) Dieses Insistieren auf die ESSR ist keineswegs selbstverständlich, denn die Europäische Säule sozialer Rechte ist kein Thema etwa im [Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#) vom Mai. Da heißt es: „Die Umsetzung der Klimaziele von Paris muss technologieoffen, wirtschaftlich effizient und sozial ausgewogen erfolgen. Nur wenn die EU wirtschaftlich stark, für Investitionen attraktiv und auch zukünftig international wettbewerbsfähig bleibt sowie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe sicherstellt, kann sie beim Klimaschutz global als Vorbild wirken.“ Klimaschutz soll man sich also leisten können und offenbar wird die „Corona-Krise“ nicht mit der ökologischen Problematik verbunden. „Technologieoffen“ meint hier u. a. die Nutzung der hochriskanten CCS (Carbon Capture and Storage)- und CCU (Carbon Capture and Utilization)-Technologien (Positionspapier, S. 4). Diese werden im Regierungsprogramm zur Ratspräsidentschaft aber nicht genannt. Dort wird – im Kontrast zum CDU/CSU-Positionspapier – der Vorschlag der Europäischen Kommission begrüßt, das EU-Ziel für 2030 auf 50-55% im Vergleich zu 1990 anzuheben (Programm, S. 15). Dennoch

kann von einem konkret bewiesenen Mut in Sachen Klimaschutz keine Rede sein, denn wir lesen z.B.: „Dem zügigen Ausbau von Offshore-Windenergie kommt eine Schlüsselrolle zu, um die ambitionierten Ziele der Europäischen Union im Bereich der Erneuerbaren Energien zu erreichen und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir streben Ratschlussfolgerungen zu den europäischen Rahmenbedingungen für gemeinsame Erneuerbare-Energien-Projekte der Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich Offshore-Windenergie, an. Europa hat zudem ein vitales Interesse an einer sicheren und zukunftsfähigen Versorgung mit CO<sub>2</sub>-neutralen und vorzugsweise CO<sub>2</sub>-freien Gasen – wie insbesondere Wasserstoff aus erneuerbaren Energien –, die zugleich die Potenziale zur Dekarbonisierung erschließt. Daher wollen wir während unserer Ratspräsidentschaft entsprechende Diskussionen zum notwendigen Marktdesign führen mit dem Ziel, zur Entwicklung der entsprechenden Märkte und Infrastrukturen in der Union beizutragen. Wir wollen im Rat auch europäische Handlungsansätze zur Erreichung der Klima- und Energieziele diskutieren, insbesondere die Ausweitung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf alle Sektoren und die Einführung einer moderaten CO<sub>2</sub>-Mindestbepreisung im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS).“ (Programm, S. 16) Offshore-Windenergie bedeutet aber zentralisierte Energieerzeugung und sie soll für die traditionellen Energiekonzerne den Ausstieg aus fossiler Energie schmerzarm gestalten. Und Wasserstoff wird insbesondere im Kontext mit dem Antrieb für Elektroautos diskutiert. Unternehmens- und Wirtschaftsstrukturen sollen so zwar modifiziert, aber doch als solche fortgeführt werden. Diese verstellen jedoch eine sozial und ökologisch nachhaltige Transformation, auch wenn die Bundesregierung von einem „erforderlichen Transformationsprozess“ redet (ebd.) Dieser wird dann auch mit Chancen für kleine und mittlere Unternehmen verbunden, die sich an den Interessen von Konzernen ausrichten.

Das im Regierungsprogramm integrierte geradezu grundlegende Lavieren zwischen „es könnte ja mit einer anderen Regierung viel schlimmer sein“ und „nur nicht Erforderliches konsequent angehen“ zeigt sich auch beim dramatischen Thema „Flucht bzw. Asyl und Migration“. Offenbar fehlt es am politischen Willen, zu beenden und zu verhindern, dass weiterhin Menschen an den Grenzen der EU ertrinken, innerhalb der EU in Lagern dahin vegetieren und außerhalb der EU für gutes Geld brutal davon abgehalten werden, das Territorium der EU zu betreten. Und so wird auch nicht näher erklärt, wie „ein funktionsfähiges und krisenfestes europäisches Asylsystem“ mit einem „wirksamen Mechanismus zur effektiven freiwilligen Rückkehr sowie nachhaltiger Reintegration derjenigen Personen, denen kein Schutz in der Europäischen Union zuerkannt werden kann“ (S. 20) aussehen soll. Was meinen denn überhaupt derartige Formeln wie „wirksame Verfahren zur effektiven und menschenrechtskonformen Rückführung Ausreisepflichtiger“ (ebd.), wenn als „sicheres Herkunftsland“ gilt, was nicht sicher ist, und als Fluchtursache nicht anerkannt ist, was lebensgefährlich ist?

Das Präsidentschaftsprogramm drängt nicht auf eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen. Dennoch wäre praktisches Engagement für einen „EU-Aktionsplan zur Stärkung der Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten“ zu begrüßen, wenn er „menschenrechtliche, soziale sowie ökologische Standards und Transparenz fördert und den Erfahrungen und Lehren der COVID-19-Pandemie Rechnung trägt“ (S. 5). Doch droht ein solcher Plan durch das weiterhin anhaltende große Interesse an Freihandels- und Investitionsschutzabkommen gleich wieder entweder unmöglich oder marginalisiert zu werden. Schließlich hat die Praxis derartiger Abkommen soziale, ökologische und

demokratische Standards abgesenkt bzw. die Festsetzung von Standards für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung überhaupt verhindert.

Eben dieses Lavieren – zwischen „es könnte bei einer anderen Regierung viel schlimmer sein“ und „nur nicht Erforderliches konsequent tun wollen“ – prägt dann weiterhin auch die vielfach unklaren Formulierungen zum Thema „Sicherheit“ und „internationale Handlungsfähigkeit“. Da kommt zunächst China eine wesentlich höhere Priorität zu als der Lösung der blutigen Konflikte in der östlichen und südlichen Nachbarschaft. Aber China ist ein riesiger „Markt“, Anbieter von Infrastruktur und Leistungen der Digitalisierung und dennoch zugleich Konkurrent. Hinzu kommt, dass China vom unberechenbaren Partner USA als „systemische Herausforderung“ bzw. als Bedrohung gesehen wird, weshalb man von mehr „digitaler Souveränität“ und „Unabhängigkeit“ von China und oft auch von den USA redet. Die Ausführungen zu Afrika scheinen eher geprägt zu sein von einer Sorge vor chinesischem Einfluss und von einer Furcht vor weiterer Migration als von der eigenen Verantwortung für die in Afrika akkumulierten Probleme.

Erst später werden dann die Beziehungen zu Russland als ein „weiteres zentrales Vorhaben“ genannt (S. 22), das Kosovo wird nicht einmal erwähnt. Der „Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“ und der „ganzheitlichen Stärkung ihrer Resilienz und Handlungsfähigkeit im zivilen und im militärischen Bereich“ wird dagegen prioritär Raum gegeben. „Dazu wollen wir die Kohärenz aller EU-Verteidigungsinitiativen weiter fördern, notwendige Reaktionsstrukturen schaffen, den Pakt für die Weiterentwicklung der zivilen GSVP vollständig umsetzen und die zivil-militärischen Führungs- und Planungsstrukturen in Brüssel für exekutive GSVP-Einsätze stärken ... Gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst werden wir die Entwicklung des sog. Strategischen Kompasses vorantreiben. Mit diesem sicherheitspolitischen Grundlagendokument sollen ... die strategischen Ziele der EU für den Bereich Sicherheit und Verteidigung weiter konkretisiert und das Handeln der EU dadurch schneller, effektiver und planbarer gemacht werden. Dies soll auch die Reaktionsfähigkeit auf Pandemien umfassen ... Mit einer Verbesserung der Prozesse wollen wir eine koordinierte, kohärentere und zielorientiertere Fähigkeitsentwicklung der EU- Mitgliedstaaten ermöglichen ... Angesichts der COVID-19-Pandemie soll dies auch militärische Unterstützungsleistungen für zivile Strukturen und Beiträge zur Resilienzbildung sowie zum Zivil- und Katastrophenschutz umfassen. Erhalt und Weiterentwicklung der bestehenden Rüstungskontrollarchitektur liegen angesichts neuer Technologien und Akteure im sicherheitspolitischen Interesse Europas.“ (S. 24) Klartext: Die militärischen und zivilen Bereiche sollen im Interesse von mehr Kontrolle gesellschaftlicher und globaler Prozesse komplexer und intensiver miteinander verwoben werden. Die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie und anderen Seuchen soll helfen, das gesellschaftliche Leben in der EU stärker zu überwachen und militärisch zu prägen. Die Digitalisierung und die Entwicklung künstlicher Intelligenz sollen dabei eine Schlüsselrolle spielen. Rechtsextremismus in den bewaffneten Strukturen ist kein Thema. Es findet sich lediglich die vage Formulierung: „Neben islamistischem Terrorismus legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des Rechtsterrorismus und gewaltbereiten Rechtsextremismus und wollen dafür deren EU-weite Vernetzung im Internet untersuchen.“ (S. 19)

Während der Ratspräsidentschaft kommt dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie der Vorsitz der EU-Ministerräte für Wettbewerbsfähigkeit, Handel, Energie, Telekommunikation/Digitales und Kohäsion zu. Auf das Regierungsprogramm zur Ratspräsidentschaft aufbauend brachte Peter Altmaier unter dem Motto „[Gemeinsam](#)



[gestärkt aus der Krise. Für eine wettbewerbsfähige, innovative und resiliente europäische Wirtschaft](#)“ seine Schwerpunkte für das zweite Halbjahr 2020 in die Öffentlichkeit. Sein erklärtes Ziel ist es, „den Weg dafür zu ebnen, dass die europäische Industrie, der Mittelstand und die vielen mutigen europäischen Unternehmerinnen und Unternehmer auch künftig global wettbewerbsfähig sind. Offene Märkte, regelbasierter Handel und faire Spielregeln innerhalb und außerhalb der EU sind dafür unabdingbar und für mich daher eine weitere Priorität.“ (Altmaier, S. 5) Der Kurs auf globale Konkurrenzfähigkeit und auf daher „offene“ bzw. zu öffnende Märkte“ und sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung schließen einander aus. Aber es geht durchaus mit Konkurrenzfähigkeit, offenen und zu öffnenden Märkten zusammen, dass Altmaier das europäische Wettbewerbsrecht modernisieren und das Beihilferecht sowie die Regelungen des Investitionsschutzes reformieren will. Wer seine globale Konkurrenzfähigkeit behaupten bzw. ausbauen will, muss seine transnational agierenden Konzerne freier fusionieren bzw. aufkaufen lassen, sie großzügiger staatlich fördern und ihre Investitionen vor anderen, um Souveränität ringenden Akteuren schützen. Zugleich aber geht es um die eigene Souveränität und daher insbesondere auch um eigene digitale Souveränität gegenüber China und ggf. auch den USA (S. 18-21). „Als Ratspräsidentschaft haben wir uns deshalb zum Ziel gesetzt, Europa als innovativen Standort für eine digital souveräne Wirtschaft und Gesellschaft zu positionieren und zu stärken.“ (S. 25) Die Verhandlungen zum EU-Förderprogramm „Digitales Europa“ sollen bis Ende 2020 abgeschlossen sein. Mit dem Fortschritt der Digitalisierung, der Entwicklung künstlicher Intelligenz und dem verallgemeinerten Einsatz anderer moderner Technologien wird die Unterscheidung zwischen Lieferungen an Käufer im militärischen und zivilen Bereich immer schwieriger bzw. weniger möglich. Aber die gegenseitige Durchdringung beider Bereiche ist gewollt, auch und insbesondere in der Raumfahrt. Und Altmaier erklärt: „Die Regeln für die Ausfuhrkontrolle im Dual-Use-Bereich werden wir fortentwickeln, ausgerichtet an den aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.“ (S. 21) Dies ist im Interesse der Waffenproduzenten und Waffenhändler und widerspricht auch nicht den Vorschlägen der Europäischen Kommission in der Verbindung zwischen dem Plan *Next Generation EU* und dem *Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027*.

Für diese Vorschläge warb die Kanzlerin, die im mehr oder weniger engen Zusammenspiel mit ihrer Regierung einen bemerkenswerten Zusammenhang zwischen den Konjunkturrhilfe-Paketen der Bundesregierung, den Vorhaben für die Ratspräsidentschaft und den Projekten der Europäischen Kommission konzipierte. Und in diesem Sinne heißt es in [Merksels Regierungserklärung](#) im Deutschen Bundestag: „Der Plan zur Erholung Europas ist ausdrücklich auf die Pandemie bezogen, zielgerichtet und zeitlich begrenzt. Die Europäische Kommission wird einmalig ermächtigt, Anleihen im Namen der Europäischen Union am Markt aufzunehmen und diese für krisenbezogene Zuschüsse zu verwenden. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass dies auf einer sicheren rechtlichen Grundlage geschieht, die Einstimmigkeit im Rat erfordert und die die Haushaltsrechte der nationalen Parlamente achtet. Ich begrüße daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, diese Ausnahmemaßnahme und ihre Begrenzung im Eigenmittelbeschluss zu verankern, der dann von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss.

Dieser Fonds ist ein dringendes Gebot der Stunde, um eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung aller betroffenen Regionen und Bereiche in Europa möglich zu machen. Nur so können wir Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt in Europa langfristig sichern.“

Damit besteht durchaus die Möglichkeit, dass bei sich verändernden Kräftekonstellationen in der EU Anleihen im Namen der Europäischen Union und Zuschüsse an ökonomisch schwächere Mitgliedsländer zu regulären Unionsinstrumenten würden. Das wäre für das Gelingen einer CO<sub>2</sub>-neutralen Lebensweise unabdingbar. Allerdings ist es auch möglich und gegenwärtig sehr wahrscheinlich, dass es bei der erklärten Einmaligkeit bleibt, zumal das Geplante wegen nationaler Egoismen nicht einmal wie konzipiert realisiert wird, denn die Verhandlungsergebnisse des Europäischen Rates bleiben deutlich hinter den Plänen der Europäischen Kommission zurück:

**Vergleich zwischen dem Vorschlag der Europäischen Kommission zum Europäischen Rat am 17. bis 21. Juli und dessen Vereinbarung zur Finanzierung von Next Generation EU in Milliarden Euro**

Zu finanzierende Position im Rahmen von 750 Mrd. Euro	<a href="#">Vorschlag der Europäischen Kommission</a>	<a href="#">Vereinbarung im Europäischen Rat</a>
<b>Aufbau- u. Resilienzfazilität<sup>1</sup></b>	560	672,5
<b>ReactEU</b>	50	47,5
<b>InvestEU</b>	30,3	5,6
<b>Solvenzhilfeeinstrument</b>	26	0
<b>Horizon Europa</b>	13,5	5
<b>EU4Health</b>	7,7	1,7
<b>RescueEU</b>	2	1,9
<b>Ländliche Entwicklung</b>	15	7,5
<b>NDICI<sup>2</sup></b>	15,5	0
<b>Fonds f. gerechten Übergang</b>	30	10
<b>davon Zuschüsse an Mitglieder der EU</b>	500 (zu 750)	390 (zu 750)

So stellte das [Europäische Parlament](#) fest: es fehlt an einer gesicherten Kontrolle der Aufbau- und Resilienzfazilität, einem verbindlichen Engagement für neue EU-Einnahmequellen, sowie an einem geregelten Mechanismus zur Kopplung der EU-Ausgaben an realisierte Rechtsstaatlichkeit. Das Parlament missbilligte die Kürzungen bei den zukunftsorientierten Programmen im derart geplanten *Mehrjährigen Finanzrahmen*, da sie „die Grundlagen einer nachhaltigen und robusten Erholung untergraben werden“. Den EU-Leitprogrammen zu Klimaschutz, Digitalisierung, Gesundheit, Jugend, Kultur, Forschung oder Grenzmanagement droht heute, dass sie 2021 erheblich weniger Mittel erhalten werden als 2020. Der EU-Haushalt würde ab 2024 unter dem Niveau von 2020 liegen, „was die Verpflichtungen und Prioritäten der EU gefährdet“ (ebd.)

Nun ist hier nicht der Raum, die Dokumente der Ratstagung und die Debatte im Europäischen Parlament detailliert auszuwerten, aber mit dem Fokus auf die Ratspräsidentschaft der Bundesregierung, die nicht allein und nicht einmal vorrangig für die Ergebnisse des EU-Gipfels verantwortlich ist, lässt sich festhalten:

1. Die ökonomisch starken Mitgliedsstaaten und Exporteure Dänemark, Deutschland Österreich, die Niederlande und Schweden bekommen insgesamt 7,6 Milliarden Euro an Einzahlungen in den EU-Haushalt erlassen. Davon entfallen fast 3,7 Milliarden Euro der Ermäßigungen auf Deutschland. „Diese Bruttoermäßigungen werden von allen Mitgliedstaaten entsprechend ihrem BNE finanziert.“ ([Punkt 153](#)). Das muss sicher nicht als

<sup>1</sup> finanzielle Unterstützung für öffentliche Investitionen und Reformen, insbesondere für die ökologische und digitale Wende, um die EU und ihre Mitgliedsländer „krisenfester“ zu machen

<sup>2</sup> Finanzierungsinstrument für Nachbarschaftspolitik, Entwicklungshilfe, Internationale Zusammenarbeit

Akt der Solidarität bezeichnet werden, schon gar nicht vonseiten der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung. Sie hätten für Deutschland auf den Rabatt verzichten können.

2. Der im Gipfeldokument enthaltene Mechanismus zur Ausreichung der Zuschüsse an von der Pandemie besonders betroffene EU-Mitglieder stärkt die in der EU ohnehin bereits ausgeprägten Hierarchien zwischen den Mitgliedstaaten und relativiert sogar die Rolle der Europäischen Kommission<sup>3</sup>. Damit drohen Hilfen für bedürftige EU-Mitglieder zur indirekten Wirtschaftsförderung für die Starken zu werden, was die Diskrepanzen und Gräben in der EU noch weiter zuspitzt. Die Bundeskanzlerin und ihre Regierung hätten zumindest auf eine weitere Privilegierung Deutschlands verzichten können.
3. Der Mehrjährige Finanzrahmen enthält die Begriffe „Migration“ 21mal, „Sicherheit“ 17mal, „Verteidigung“ bzw. „Militär“ 8mal. Neben dem Grundprinzip der Standortkonkurrenz durchziehen zumindest drei miteinander verknüpfte Grundsätze die verschiedenen Rubriken: 1. Bekämpfung unerwünschter Migration, 2. Überwachung von Menschen und Prozessen, um „Sicherheit zu sichern“, 3. Vernetzung von Zivilem und Militärischem „pro Sicherheit und globale Handlungsfähigkeit“. Daran hat Deutschland einen hochgradigen Anteil. Die Vernetzung mit dem Militärischen hat insbesondere Angela Merkel seit dem Beginn ihrer ersten Kanzlerschaft forciert. Und zu den drei Grundlinien gibt es gesonderte Rubriken, was ihr Gewicht unterstreicht. Damit werden Widersprüche und Prozesse forciert, die neue „Unsicherheiten“ schaffen und friedliche Problemlösungen bzw. Entwicklungen erschweren.
4. „Der Haushalt ist auf die Zukunft Europas ausgerichtet“, erklärte [die Bundeskanzlerin](#) nach der Tagung des Europäischen Rates. Er berücksichtige insbesondere, „dass der Binnenmarkt in der schwersten wirtschaftlichen Krise der Europäischen Union weiterhin funktionieren kann und dass die Länder, die von der Pandemie in besonderer Weise betroffen sind, ihre Wiederaufbauleistungen verbessern können“. Auf einen Abgleich der Ergebnisse der Tagung mit ihrem eigenen, gemeinsam mit Emmanuel Macron eingereichten Vorschlag hat sie verzichtet. Das ist interessant, insbesondere wenn man als Inhaberin der Ratspräsidentschaft in der Verantwortung steht, eine Übereinkunft mit dem Europäischen Parlament zu erzielen. In dieser Funktion ist man auch besonders gefordert, die gesetzlichen Grundlagen für die nun vereinbarten Instrumente zu schaffen.

## Einige kurze Schlussfolgerungen

---

<sup>3</sup> Die Mitgliedstaaten erstellen nationale Aufbau- und Resilienzpläne, in denen die Reform- und Investitionsagenda für den betreffenden Mitgliedstaat für die Jahre 2021-2023 dargelegt ist. Die Pläne werden 2022 überprüft und ggf. angepasst, um der Mittelzuweisung für 2023 Rechnung zu entsprechen. Die Aufbau- und Resilienzpläne werden von der Kommission innerhalb von zwei Monaten nach Einreichung bewertet. Die Kriterien dafür korrespondieren vollständig mit dem Europäischen Semester. Darüber hinaus muss der Nachweis von Fortschritten bei der ökologischen und digitalen Wende erbracht werden. Die Bewertung der Pläne durch die Kommission ist vom Rat mit qualifizierter Mehrheit zu billigen. Das soll innerhalb von vier weiteren Wochen erfolgen. Die Kommission holt die Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses zu den Etappenzielen und Zielvorgaben ein. Sollten ein oder mehrere Mitgliedstaaten befinden, dass schwerwiegende Abweichungen von den Zielwerten vorliegen, können sie den Präsidenten des Europäischen Rates ersuchen, den Europäischen Rat auf seiner nächsten Tagung mit dem Sachverhalt zu befassen. In diesem Fall trifft die Kommission keine Entscheidung zur Erfüllung der Etappenziele und Zielvorgaben und zur Genehmigung von Zahlungen, bis der Europäische Rat die Angelegenheit auf seiner nächsten Tagung eingehend erörtert hat. Dieses Verfahren soll in der Regel innerhalb von drei Monaten, nachdem die Kommission den Wirtschafts- und Finanzausschuss um seine Stellungnahme ersucht hat, abgeschlossen werden.

Die Mitglieder des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE. [Martin Schirdewan und Jörg Schindler](#) hatten sich Ende Mai zur lange Zeit wenig engagierten Vorbereitung der Bundesregierung auf die Übernahme der Ratspräsidentschaft geäußert. Dabei haben sie sich weder auf die Initiativen anderer linker und demokratischer Akteure konkret bezogen noch eigene Aktivitäten vorgestellt. Kurze Zeit später gab dann der [Parteivorstand](#) eine umfangreiche Erklärung ab und benannte, gestützt auf das Programm der Partei zu den Europawahlen, Grundpositionen der Partei zur EU-Politik.

Wir würden es sehr begrüßen, würde das Gespräch mit den hier und in unserem Beitrag von Ende Mai erwähnten Initiativen gesucht. Wir haben das individuell zumindest punktuell getan und auch die eine oder andere Initiative praktisch unterstützt. Dabei haben wir durchaus beeindruckende Menschen und viel Interessantes kennengelernt, aber ein gewisses Ohnmachts-Gefühl doch nicht abstreifen können. Schließlich geht es uns um kollektives Agieren. Daher möchten wir hier abschließend und bewusst im Kontrast zu unserem ausführlicheren Fazit im zweiten Text drei Fragen formulieren, und an den wiederholten Vorschlag zur Gesprächssuche mit den Organisator\*innen der Initiativen zwei weitere Vorschläge anschließen.

Und so fragen wir zunächst:

1. Warum sind in der Europäischen Union und Europa das Bedürfnis und Interesse wie die Fähigkeit der Linken, transnationale Solidarität zu leben, so (insgesamt relativ) schwach ausgeprägt? Warum konnten die Linken, darunter die Mitglieder der Europäischen Linkspartei, nach Ausbruch der globalen Finanzkrise erneut von einer globalen Krise überrascht werden? Wir wussten doch seit den Ereignissen von Wuhan von der Gefahr der Pandemie.
2. Warum haben die Linken in Deutschland die Ratspräsidentschaft ihres Landes nicht zum Anlass für Aktivitäten genommen, die beweisen, dass sie in deutlichem Kontrast zu ihrer Regierung wirklich um ein solidarisches Miteinander in der EU und Europa und um einen solidarischen globalen Akteur Europäische Union ringen? Warum beweisen sie so relativ wenig offensiv, dass sie engagiert an sozialen, ökologischen und globalen Alternativen arbeiten ...
3. Was kann kurzfristig getan werden, um noch während der deutschen Ratspräsidentschaft eine Korrektur zumindest einzuleiten?

Wir meinen, dass ein bereits eingangs formulierter Grundgedanke die Suche nach Antwort auf die dritte Frage unterstützen könnte, denn: Wenn die Linken sich als EU-Bürger\*innen und Europäer\*innen profilieren, die solidarische Gesundheitspolitik als Gesellschaftspolitik betreiben, können sie die Zusammenhänge „Gesundheit – Klima und Biodiversität – Frieden“ durchaus politikwirksam machen. Dazu haben sie bereits Arbeitsergebnisse, an die sie überzeugend und selbstbewusst anknüpfen können. Hier finden sie zugleich Anknüpfungspunkte zu den vorgestellten Aktivitäten anderer Akteure, welche den Beginn von Gesprächen erleichtern. Hier ist aber auch ein möglicher Ausgangspunkt für eine Gesprächsoffensive in die Öffentlichkeit der EU: Die Linken, insbesondere die Mitglieder der

Europäischen Linkspartei, könnten eine öffentliche Konsultation von unten starten und davon ausgehend klarstellen, welche Konferenz zur Zukunft der Europäischen Zukunft sie wollen und fordern. Sie könnten doch die Bürgerinnen und Bürger befragen, was ihrer Meinung nach aus der Pandemie gelernt werden kann und was sich daher in unseren Gesellschaften, in der Europäischen wie verändern soll?